



BERICHT AUS BERLIN

von Dr. Inge Gräßle



25.03.2022

Ausgabe 007

Ein mutiger ukrainischer Präsident, ein schweigender Bundeskanzler

Debatte zur 1. Lesung des Haushaltsentwurfs 2022: Haushalt zwingt in die Realität

Die verbrecherischen Angriffe der russischen Armee auf die ukrainische Zivilbevölkerung werden immer brutaler. Präsident Selenskij hat in der vergangenen Woche einen eindringlichen Appell an uns alle im Deutschen Bundestag gerichtet.

Wir müssen ihn hören und uns jeden Tag fragen: **Tun wir genug, um den gerechten Freiheitskampf der Ukrainer zu unterstützen?**

Für uns ist klar: Ein Kriegseintritt kommt nicht in Frage. Einschneidende Maßnahmen unterhalb dieser Schwelle sind umso erforderlicher. Die Bundesregierung laviert aber bei der Antwort weiter herum: Sie tut nicht genug. Zögerlich bei der Verschärfung der Sanktionen, zaudernd beim Streben nach weniger Energieimporten aus Russland, offenbar hinhaltend bei weiteren Waffenlieferungen.

Der Bundeskanzler – von dem wir in diesen Tagen Führung erwarten – schweigt. Der Kontrast zum mutigen, führungsstarken Präsidenten Selenskij könnte nicht größer sein.

Haushalt zwingt in die Realität

Mangelnde Klarheit zeigt sich auch im Haushaltsentwurf. Wie unter dem Brennglas wird deutlich, was der Scholz-Regierung fehlt: Prioritätensetzung. Die Ampel hat einen Wohlfühlhaushalt geplant und in ihrem Koalitionsvertrag allen alles versprochen. Strukturelle Probleme werden nicht angegangen, sondern mit geliehenem Geld kaschiert.

Die erneute Krise trifft die Bundesregierung deshalb unvorbereitet. Sie könnte diese Zeitenwende zum Anlass für echte Aufgabenkritik nehmen. Sie könnte anerkennen, dass Generationengerechtigkeit nicht nur in der Klimafrage, sondern auch im Haushalt und in den Sozialsystemen die wichtigste Weichenstellung für die Zukunft ist. Dieser Haushalt lädt die Probleme der Gegenwart bei zukünftigen Generationen ab. Das können wir nicht hinnehmen.

Die Ampel flüchtet sich in rekordverdächtige Neuverschuldung und einen vagen Ergänzungshaushalt. Das zeigt: Die Versprechen des Koalitionsvertrages sind erledigt. Die Zeit ist darüber hinweggegangen. Deutschland braucht jetzt einen neuen Regierungsplan. Der Bundeskanzler muss sagen, was wirklich wichtig ist.

Wir haben in dieser Woche die Verpuppung der Ampel erlebt – vom Schmetterling zurück zur Raupe. Eine Woche geplatzter Träume – der Fortschrittsvertrag eingedampft auf gelegentliches Selbstmitleid und Schockstarre.

Es werden Sollbruchstellen sichtbar – und diese haben Folgen für dieses Land, aber auch für das Erscheinungsbild der Regierung.

Ein Infektionsschutzgesetz, das den Namen verdient, hätte uns entlastet bei den Inzidenzen.

Eine Ent-Ideologisierung bei der Energie-wende hätte uns entlastet vom Druck, Deutschland nicht durch den nächsten Winter zu bringen.

Im Mittelpunkt der Plenarwoche steht das
Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)

das wir in erster Lesung beraten.

Nach dem Entwurf soll der Bund im Jahr 2022 mit einer Neuverschuldung von 99,7 Mrd. Euro auskommen, ab 2023 soll die Normalregelung der Schuldenbremse wieder eingehalten werden. Aber schon auf den ersten Blick ist klar: Diese Annahmen sind auf Sand gebaut. Erhebliche Kürzungen bei Zins- sowie Gewährleistungsausgaben und Arbeitsmarktausgaben, die Auflösung von Vorsorgen bzw. der allgemeinen Rücklage und zusätzliche Steuereinnahmen werden bemüht, um die Zahlen-Fassade aufrecht zu erhalten.

Bemerkenswert ist außerdem: Der Bundesfinanzminister hat bereits einen Ergänzungshaushalt mit weiteren Schulden angekündigt. Darüber hinaus stehen noch die Beratungen über die Einrichtung eines kreditfinanzierten Bundeswehr-Sondervermögens mit einem Volumen zu 100 Mrd. Euro aus. Damit wird am Ende ein einheitlicher Bundeshaushalt 2022 stehen – mit einer Nettokreditaufnahme von deutlich mehr als 100 Mrd. Euro. Das belastet die parlamentarischen Beratungen. Wir erwarten endlich Vorschläge für klare Prioritätensetzungen und die unvermeidliche Gegenfinanzierung. **Alle Ausgaben** müssen – wie von der Ampel angekündigt – auf den Prüfstand.

In zweiter und dritter Lesung befassen wir uns zudem abschließend mit dem

Gesetz zur Einführung von Füllstandsvorgaben für Gasspeicheranlagen

Das Gesetz zielt darauf ab, unter Beachtung der aktuellen Lieferstrukturen und Lieferbeeinträchtigungen eine Unterversorgung des deutschen Marktes zu vermeiden.

Um dies zu verhindern und um Preisspitzen ausgleichen zu können, sind bestimmte Speicherfüllstände erforderlich. Die in Deutschland tätigen Betreiber von Gasspeicheranlagen haben die Einhaltung der Füllstandsvorgaben zu gewährleisten und zu überwachen.

Mit diesem Gesetz greift die Ampel einen Vorschlag aus unserem Antrag „Explosion bei den Energiepreisen bekämpfen – Zeitnah wirksam und gerecht entlasten“ (BT-Drs. 20/725) auf – Opposition wirkt!

Zitat der Woche

«Sie werden in Zukunft für jedes Gesetz, ... eine eigenständige Mehrheit brauchen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist nicht die Ersatzbank, von der Sie sich beliebig Ersatzspieler aufs Spielfeld holen können, wenn Sie Ihre eigene Mehrheit nicht haben.»

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Merz MdB am 23.3.2022 in der Generalsprache der Haushaltswoche.

Neues aus dem Büro

Letzte Woche: *eine* Rede; diese Woche: *zwei* Reden – ich hoffe, das geht nicht so weiter. Aber wann, wenn nicht in der Haushaltswoche sollen wir Haushälter ans Pult treten?



Am Donnerstag sprach ich zum Etat des Bildungs- und Forschungsministeriums: [KLICK](#) – und am heutigen Freitag durfte ich als letzte Rednerin der Union in der „Schlussrunde“ abräumen: [KLICK](#).